

## **Presseerklärung des „Störfall Bad Münder e.V.“ zum ersten Jahrestag Des Zugunglcks vom 09.09.2002 (Epichlorhydrin)**

**Thema: Wie weit wurden Ziele des Vereins erfüllt, woran arbeiten wir ?**

### **1. bundeseinheitliches Ortungssystem für Gefahrguttransporte aller Art.**

- Was ist daraus geworden ?
- Gibt es bereits Reaktionen ?
- Was können wir veranlassen, um die Angelegenheit zu fördern?

ber ein technisch schon heute ausgereiftes Satellitenortungssystem muß jeweils genau erkennbar sein, welcher Gefahrstoffbehlter mit welcher Ladung sich zu irgendeinem Zeitpunkt an welcher Stelle in Deutschland gerade befindet. Diese Informationen müssen über ein Intranet allen Einsatzzentralen zugänglich sein. Zu jedem Gefahrstoff müssen per Mausklick alle weiteren notwendigen Informationen abrufbar sein: Sicherheitsdatenblätter, Gesundheitsrisiken, Möglichkeiten für Gegenmaßnahmen, Anweisungen für Helfer, Umweltauswirkungen, etc..

Wie bekannt, sind GPS-Systeme bereits technisch ausgereift. Mit Verweis auf die EU-einheitliche Einführung wird die Investition allerdings in die Zukunft verschoben. (Bei dem sehr viel aufwendigeren LKW-Maut-System war das Warten auf Brüssel nicht notwendig)

Bundesinnenminister Otto Schily am 06.02.2003 zur "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland":

„Die Unterstützung der **bürgerschaftlichen Selbsthilfe** ist wesentlicher Bestandteil der "Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland." Die Bundesregierung unterstützt die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung.“

### **Also, was können wir tun?**

Der Verein „Störfall Bad Münder e.V.“ ruft zum Sammeln alter Handy´s auf. Wir werden die Bahn AG als auch sonstige Gefahrguttransporteure ermuntern, diese an den einzelnen Gefahrguttransporter anzubringen. Handy-Ortungssysteme sind bereits erfolgreich im Einsatz, verfügen über eine ausreichende Genauigkeit, können Routen zurückverfolgen und somit die Identifikation in jedem Fall ermöglichen.

Vorteil: Kostet kaum was. Die Einsatzkräfte müssten nicht, wie seit Beginn des letzten Jahrhunderts, ihr Leben aufs Spiel setzen, um Gefahrstoffe zu identifizieren.

Nachteil: Das wäre zu einfach. Diverse Kommissionen müssen noch beraten.

(Für den Fall, dass diese Idee bei Herrn Mehdorn oder Herrn Schily nicht auf Gegenliebe stößt, werden wir die Handy´s Bedürftigen zur Verfügung stellen bzw, entsorgen)

## 2. bundeseinheitliche Führungsstruktur zur Bewältigung derartiger Krisen

### - Was ist im Bundesinnenministerium bzw. Landesinnenministerien bereits angedacht?

Niedersächsischer Landtag – 14. Wahlperiode Drucksache 14/4071

#### **Beschlussempfehlung**

Ausschuss Hannover, den 15. Januar 2003

für innere Verwaltung (CDU/SPD)

Der Ausschuss für innere Verwaltung empfiehlt dem Landtag, die Anträge in folgender Fassung anzunehmen:

„Entschließung

#### **Katastrophen- und Zivilschutz stärken, Krisenmanagement verbessern**

...2. Der Landtag stellt ausdrücklich fest, dass sich die Leistungsfähigkeit des niedersächsischen Zivil- und Katastrophenschutzes ohne die Einbindung und Hilfe der zahlreichen ehrenamtlichen Einsatzkräfte nicht auf dem gegenwärtigen hohen Niveau aufrechterhalten.

#### **Für ihr Engagement schuldet der Landtag all diesen Einsatzkräften großen Dank ...**

4. Der Landtag begrüßt

...– die von der Landesregierung auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes gegebenen Anstöße zu einer weiter verstärkten Vernetzung zwischen den Einsatzkräften des Katastrophenschutzes. Insbesondere die angestrebte und teilweise schon verwirklichte enge Zusammenarbeit zwischen Feuerwehren und THW, bei der Einsatzkonzepte, Ausstattungen und Ausbildung aufeinander abgestimmt werden, erscheint ein geeigneter Weg, den Katastrophenschutz und die Hilfeleistung bei Schadenslagen zu verbessern;...

...– dass die Innenministerkonferenz in Kürze ein Katastrophenschutzkonzept beschließen will, das eine effektive Gefahrenvorsorge und Schadensabwehr ermöglichen soll;...

...– den Vorschlag von Bundesinnenminister Otto Schily, ein **eigenständiges „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“** zu schaffen, zu dessen Aufgaben im Katastrophenfall neben dem Krisenmanagement vor allem die Aus und Fortbildung von Helfern, die Warnung und Information der Bevölkerung sowie die Forderung der bürgerschaftlichen Selbsthilfe sein werden;...

...5. Der Landtag fordert sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung auf, aufgrund der Erfahrungen mit Katastrophen- bzw. Unglücksfällen wie dem Elbehochwasser und dem Eisenbahn-Chemieunfall von Bad Münde genau zu prüfen, ob und welche Konsequenzen für die Ablauf- und Aufbauorganisation in der Gefahrenabwehr zu ziehen sind. Insbesondere müssen dabei die Koordinierung zwischen den Gefahrenabwehrbehörden und die Zuständigkeitsverteilungen zwischen Kommunen, Land und Bund untersucht werden, um ggf. festzustellen, ob es an den Schnittstellen zwischen diesen Zuständigkeiten zu Reibungsverlusten oder Informationsdefiziten kommen kann....

...d) weiterhin nachhaltig an der Einrichtung eines „Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums“ mitzuarbeiten....

...8. Der Landtag hält es über die Durchführung von Risikoanalysen hinaus für sinnvoll, **national bzw. überregional einsetzbare Task-Forces** zur Analyse und Bekämpfung von chemischen und biologischen Gefahren einzurichten sowie die Koordination und Vernetzung bei der Bekämpfung von Großschadenslagen zu verbessern. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, ein **niedersächsisches Kompetenzzentrum** für Großschadenslagen einzurichten, das an der Schnittstelle von Politik, Verwaltung und Einsatzgeschehen und unterhalb eines in bestimmten Lagen einzurichtenden interministeriellen Krisenstabes für Koordination und Vernetzung sorgt. Es könnte zudem Controllingfunktionen über das Einsatzgeschehen bis hin zur Koordination der Schadensabwicklung erfüllen. Durch die Einrichtung eines solchen Kompetenzzentrums wird dazu beigetragen, in Schadensfällen Gesundheitsgefahren für Einsatzkräfte, Nachbarschaft und Umwelt zu vermeiden, die Auswirkungen von Störfällen möglichst schnell und zuverlässig festzustellen und zu dokumentieren sowie die Einsatzkräfte vor Ort in jeglicher Hinsicht - nicht zuletzt bei der Information der Bevölkerung - zu unterstützen und zu beraten....

Tinius

Vorsitzende (Ausgegeben am 15. Januar 2002)

**Bundesinnenminister Otto Schily am 06.02.2003 zur "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland":**

..“Der Bund ist bereit, seine Dienstleistungsangebote im Bereich der Koordination und Information auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes noch einmal zu erweitern. Diese Dienstleistungsangebote sollen im neuen **Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe** zentral vorgehalten und gebündelt werden. Das neue Bundesamt soll neben den traditionellen Zivilschutzaufgaben vor allem die nichtoperativen Dienstleistungen und Serviceangebote des Bundes auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes anbieten (Planung und Vorbereitung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei großflächigen Gefahrenlagen, planerische Vorsorge zum Schutz kritischer Infrastrukturen, Ausbildung, Fortbildung und Training, Katastrophenschutzforschung, Warnung und Information der Bevölkerung, Stärkung der bürgerschaftlichen Selbsthilfe)...“

Fakt ist:

- Das „niedersächsische Kompetenzzentrum“ befindet sich nach wie vor im Aufbau.
- Das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ ist noch nicht arbeitsfähig.

**3. ständiger Informationsaustausch zwischen Wissenschaft und Politik**

Bundesinnenminister Otto Schily am 06.02.2003 zur "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland":

**„Die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler (AKNZ) wird zu einem Kompetenzzentrum für das Bund-Länder-Krisenmanagement, zu einem Forum für wissenschaftlichen Austausch sowie zu einer Begegnungsstätte bzw. Ideen-Börse für Experten aus dem In- und Ausland ausgebaut.“**

**- Sind die angedachten bzw. bereits installierte Kompetenzteams die Lösung ?**

Die geplante Schaffung eines Kompetenzzentrums beim Niedersächsischen Innenminister reicht uns nicht aus. **Es muß vielmehr auch eine Störfall-Task-Force eingerichtet werden, die im Falle eines Großschadensereignisses schnellstmöglich vor Ort das Kommando übernimmt und dabei folgende Aufgaben und Ziele verfolgt:**

- § Unvermeidliche negative Auswirkungen des Störfalls sind schnellstmöglich und mit zuverlässigen Methoden zu erkennen und zu dokumentieren; sie sind soweit wie möglich zu vermindern und negative Ereignisabläufe sind zu unterbrechen; ggf. müssen Dekontaminationsmaßnahmen in die Wege geleitet werden.
- § Die Einsatzkräfte sind in jeder Hinsicht zu unterstützen; die Einsatzleiter sind vor dem Treffen weitreichender Entscheidungen fachlich zu beraten; mögliche Entscheidungsalternativen sind jeweils in kürzester Zeit auszuarbeiten.
- § Es sind Konzeptionen und konkrete Planungen zu erstellen für Umweltmeßprogramme und Human-Monitoring; z.T. sind entsprechende externe Aufträge vorzubereiten.

- § Je nach Bedarf und Einsatzlage sind weitere externe Fachleute beizuziehen; die Nutzbarmachung ihres Wissens und ihrer Erfahrungen obliegt der „Störfall-Task-Force“.
- § Es ist eine zuverlässige und sehr zeitnahe Kommunikation zwischen allen beteiligten Einsatzkräften und sonstigen Stellen zu organisieren und z.T. über längere Zeit aufrecht zu erhalten; sämtliche Informationen, Besprechungen und Entscheidungen sind sachgerecht und aktuell zu dokumentieren.
- § Es ist sehr frühzeitig eine umfangreiche, einheitliche und Vertrauen schaffende öffentliche Kommunikation aufzubauen, zu strukturieren und zu dokumentieren; dazu gehört auch die Einrichtung einer Beratungsstelle für die Bevölkerung und die notwendige Schulung der dort tätigen Angestellten.
- § Die „Störfall-Task-Force“ sammelt darüber hinaus auch alle nützlichen Informationen über frühere bzw. in anderen Ländern stattgefundenen Großschadensfälle zum Zweck der eigenen Schulung, der Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit und für die Schulung z.B. von Einsatzkräften in Niedersachsen.

#### **4. Installation kompetenter, unabhängiger Kontrollgremien im Sicherheitsbereich der Bahn und sonstiger Gefahrgut-Transporteure**

##### **- Welche Hebel sind anzusetzen, um hier voranzukommen?**

Die potentiellen Verursacher sollten gravierende finanzielle Nachteile bei einem Unfall dieses Ausmasses befürchten müssen. Die Investition in modernste Sicherheitstechnik, -kontrolle und -personal muß sich "rechnen". Der Gesetzgeber hat unverzüglich seinem Auftrag aus Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, I Grundrechte, Artikel 2, Absatz 2 (siehe unten) nachzukommen.

#### **5. Wahrheit und Klarheit gegenüber den Betroffenen. Einwandfreie Dokumentation einer evtl. Kontamination und der möglichen Folgen.**

##### **- Welche Sicherheit haben wir, daß wirklich alles getan wird, um evtl. vorliegende Kontaminationen aufzudecken?**

##### **- Welche zusätzlichen Maßnahmen erscheinen aus Vereinssicht sinnvoll ?**

Die Methoden und die Ergebnisse der verschiedenen Blut-Untersuchungen müssen ab etwa Anfang 2004 in einem größeren Fachgremium diskutiert und bewertet werden. Die Juristen (aber auch einige andere beteiligte Kreise) erwarten letztlich die Festlegung von Grenzwerten, also eine Aussage darüber, ab wieviel µg/l-Blut die gefundenen Hämoglobin-Addukte Hinweise auf später zu erwartende Folgeschäden (z.B. einzelne Arten von Krebs) geben, bzw. ob die Betroffenen als Risiko-Personen einzustufen sind und entsprechend besonders überwacht werden sollten.

**Wir fordern, dass in diesem Fachgremium von Anfang an ein Fachmann/ eine Fachfrau unseres Vertrauens mitarbeitet.**

**Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, I Grundrechte, Artikel 2, Absatz 2:  
"Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit"**

**Bundesinnenminister Otto Schily am 06.02.2003 zur "neuen Strategie zum Schutz der  
Bevölkerung in Deutschland":  
"Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren ist eine der wichtigsten Aufgaben  
eines Staates"**

Im Juni 2003 sind in Schrozberg /Baden-Württemberg 6 Menschen zu Tode  
gekommen. Ein Fahrdienstleiter hatte versehentlich einem Zug freie Fahrt  
gegeben. Er bemerkte sofort seinen Fehler, musste aber über einen unermesslich langen  
Zeitraum miterleben, dass zwei Züge ungebremst auf Kollisionskurs  
waren. Wie auf 20% aller bundesdeutschen Bahnstrecken gab es keinen Zugfunk.  
(Nicht gesetzlich vorgeschrieben, DB-AG)

Wir rudern über einen See aus Honig. Dieser Honig besteht aus Bürokratie,  
Gleichgültigkeit und Vergessen. Nach "Aktenlage" sind wir schon kurz vor dem anderen  
Ufer. Faktisch d.h. was die Umsetzung betrifft, ist dem noch lange nicht so.  
Wir kommen sehr langsam voran. Aber wir kommen voran.

Dirk Reinecke  
-Dipl. Volkswirt-  
Vors.: "Störfall Bad Münster e.V."  
Angerstr. 27 a  
31848 Bad Münster

Tel.: 05042-929860  
Fax: 05042-929862  
E-mail: [daevdr@aol.com](mailto:daevdr@aol.com)  
[www.stoerfall-badmuender.de](http://www.stoerfall-badmuender.de)